

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsort: Rieser Platz
Verlag: Nr. 20.

Verlagsort: Bregenz 21000
Verlag: Nr. 22.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 235.

Dienstag, 8. Oktober 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 3.00 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite Grundzeile (7 Zeilen) 30 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in sonstiger Weise Zahlungsverzug begeht. Rieser. Verzeichnissige Anzeigengebühren, Träger an der Ecke. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Daner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gertrudenstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Bekanntmachung,

die Zuckerarten der Reihe 10 betreffend.

Die Gültigkeit der Zuckerarten für den laufenden Versorgungszeitraum (1. September—31. Oktober 1918, Reihe 10) erlischt mit dem 15. Oktober 1918. Nach diesem Zeitpunkt darf auf Karten der Reihe 10, insbesondere auch auf den zur Deckung des Bedarfs vom 11.—31. Oktober 1918 bestimmten 3. Abschnitt, Zucker im Kleinverkauf nicht mehr abgegeben werden.

Um jedoch die Versorgung der nach dem 15. Oktober 1918 von außerhalb des Landes zuziehenden, der nach dem 15. Oktober 1918 Zuckermarktskarten zur Einlösung vorlegen, der nach dem 15. Oktober 1918 entlassenen oder zur Arbeit beurlaubten Militärpersonen sowie der nach dem 15. Oktober 1918 Geborenen für die Zeit bis zum 31. Oktober 1918 sicherzustellen, wird die Belieferung der für diese Personengruppen nach dem 15. Oktober 1918 zur Ausgabe gelangten Zuckerarten, die als solche durch Ausdruck des Kommandantenbeschlusses sowohl auf dem Bezugsausweis, als auch auf dem Stammbuchausweis — bei letzterem auf dem Einzelabschnitt übergehend — kenntlich gemacht sind, durch Kleinhändler auch in der Zeit vom 16.—31. Oktober 1918 nachgeliefert.

Ebenso bleibt die Belieferung von Militärlieferanten und Sinnenhändlerzuckerarten durch Kleinhändler in der Zeit vom 16.—31. Oktober gestattet. Dresden, den 4. Oktober 1918. 762a V L A Jo 4628

Bekanntmachung,

die Einlieferung von Zuckerarten durch die Händler betreffend.

Die Einlieferung der vereinnahmten Bezugsausweise und Bezugskarten der Reihe 10 hat, soweit sie noch nicht erfolgt ist, nunmehr seitens der Kleinhändler an die Zwischengroßhändler unverzüglich,

seitens der Zwischengroßhändler an die der Zuckervertikationsstelle für das Königreich Sachsen angehörenden Großhändler spätestens bis zum 20. Oktober 1918, seitens der Großhändler an die Zuckervertikationsstelle bis zum 25. Oktober 1918

zu erfolgen. Die in der Zeit vom 16.—31. Oktober nach der Ministerialbekanntmachung vom 4. Oktober 1918, die Zuckerarten der Reihe 10 betreffend, vereinnahmten Bezugsausweise und Bezugskarten sind

seitens der Kleinhändler an die Zwischengroßhändler spätestens bis zum 2. November 1918, seitens der Zwischengroßhändler an die der Zuckervertikationsstelle angehörenden Großhändler spätestens bis zum 4. November 1918,

seitens der Großhändler an die Zuckervertikationsstelle spätestens bis zum 5. November 1918 einzuliefern.

Die im vorstehenden bekanntgegebenen Einlieferungsfristen müssen, um die rechtzeitige Erledigung der anlässlich des Wirtschaftsjahreswechsels erforderlichen Abschlussarbeiten zu ermöglichen, auf das Pünktlichste eingehalten werden.

Die Einlieferung hat unter „Einschreiben“ oder mittels Wertpakets zu erfolgen. Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmungen wird im Falle des Verlustes kein Ersatz geleistet. Es wird darauf hingewiesen, daß die bei der Zuckervertikationsstelle eingegangenen Karten durch Vochen entwertet werden und daß durchlochte Karten demnach nicht mehr beliefert werden dürfen. Dresden, am 4. Oktober 1918. 835 V L A Jo 4629

Zusatzbrotartenausgabe

Mittwoch, den 9. Oktober, 5—7 Uhr nachmittags bei den Ausgabestellen. Weida, am 8. Oktober 1918. Der Gemeindevorstand.

Nicht um jeden Preis.

In der inneren Front stellt sich in Reich und Glied neben die Sozialdemokratie die Vertretung der freien Gewerkschaften, die Generalkommission. In ihrem publizistischen Organ, dem „Korrespondenzblatt“, erklärt auch sie einen Frieden der Verständigung zu wollen, nicht aber einen Frieden um jeden Preis. Das heißt sich mit der künftigen Feststellung des „Vorwärts“, Deutschlands Entgegenkommen habe Grenzen, was die Feinde gut täten, in Rücksicht zu ziehen. Einmal kommt, daß ein Mann, dessen Name unter den für eine Verständigungseinstellung eintretenden Politikern guten Klang hat, Graf Czernin, jüngst in der Sitzung der Verfassungskommission des österreichischen Herrenhauses das Verhalten der sozialdemokratischen Gruppen der Verbündeten Kaiserstaaten als Zeichen richtiger Erkenntnis charakterisiert und der österreichischen Sozialdemokratie nachgerühmt hat, daß sie auf die Erhaltung des Staates nachdrückliche und ruhmreiche Selbstverständlichkeit, mit der auch jene politisch und herausragend radikalsten Organisationen maßlose feindliche Ansprüche in die Schranken weisen, kaum nicht wohl ohne Eindruck auch bei den verständlichsten Köpfen im gegnerischen Lager bleiben. Dem einen klareren Hinweis, daß die Spekulation auf Vermehrung der inneren Front in Deutschland und in der Donaumonarchie festgeschlagen ist, kann es kaum geben. Man hat lieblos angegriffen und wieder einmal Unrecht zugebracht. Ein Unterwerfungsehrgeiz wird von den verbündeten Völkern ansatzlos abgelehnt. Das großbrütige Nachwort wird daran nichts ändern.

Die Friedensbemühungen.

In Erwartung der feindlichen Antworten. Bisher kann selbstverständlich weder von Wilson, noch von den anderen Entente-Regierungen eine Antwort oder auch nur eine amtliche Aeußerung vorliegen. In Washington war bis Sonntag mittag die Note der Mittelmächte noch gar nicht eingetroffen. Sensationelle Meldungen, die bestenfalls nur auf den vorliegenden feindlichen Bestimmungen beruhen, werden deshalb mit Vorsicht aufgenommen werden müssen. Das vorläufig keine offizielle Antwort Englands zu erwarten ist, geht aus einem Telegramm Reuters vom 6. Oktober nachts hervor. Derselbe Telegramm zufolge erfährt Reuters offiziell, daß Seiner Majestät Regierung von dem deutschen Vorschlag nicht offiziell in Kenntnis gesetzt worden ist. Die erste offizielle Kenntnis erhalte sie erst durch den Empfang der deutschen Vorschläge selbst, die, wie man glaubt, nach England unterwegs sind. Unter diesen Umständen wäre es zwecklos, wenn S. W. Regierung sich dazu äußern würde. Jede offizielle Meinungsäußerung müßte also notwendigerweise verschoben werden, bis die Vorschläge offiziell bekannt seien. Die amerikanischen Hauptblätter finden zwar die deutschen Personalveränderungen nicht einschneidend genug, die von Wilson als Voraussetzung aller Friedenshandlungen bezeichnete Demokratisierung Deutschlands erkennen zu lassen, doch zeigt sich eine gewisse Behutsamkeit in den Erörterungen, soweit Wilsons persönliche Entschlüsse in Betracht kommen. Der Pariser „Pera“ meldet aus New York, der Senatsauschuss habe einstimmig die neuen fünf Punkte Wilsons als geeignet zu jeder Art von Friedensverhandlungen erklärt. In holländischen Kreisen glaubt man, daß der amerikanische Exbotschafter in Berlin, Gerard, sich gegenwärtig in Washington sehr lebhaft für die achtungsvolle Beurteilung des Reichskanzlers Prinz Max einsetzt, den er bereits in seinem Buche „Vier Jahre in Deutschland“ anerkennend beurteilt hat.

Garantien für die Friedensverhandlungen. Aus Lugano wird gemeldet: Politische Kreise, die mit den Entente-Regierungen Fühlung haben, erklären, daß die Entente die Erfüllung der von Wilson aufgestellten Forderungen als Garantie vor der Eröffnung der Friedensverhandlungen verlangt. Zu diesen Forderungen gehört u. a.: Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs, Italiens und Belgiens sowie Abzug der deutschen Truppen, ferner die Annulierung der Friedensverträge von Brest-Litovsk und Bukarest. —

Eine andere Meldung besagt: In diplomatischen Kreisen der Entente herrscht, einer Schweizer Meldung zufolge, die Ansicht vor, daß die Entente den Waffenstillstand nur unter den schwersten Bedingungen und unter weitgehendsten Garantien annehmen könne.

Der englische Arbeiterminister zur Kanzlerrede. Das Untermitglied des englischen Kabinetts Barnes sprach am Sonntag im Mandchester und hob hervor, daß die Rede des Reichskanzlers einen großen Schritt zum Frieden bedeute. Es zeige sich eine große Aenderung, die von den verbündeten Armeen hervorgerufen sei. Wenn man sich dieses Angebot aber näher ansehe, dann zeige es denselben Optimismus, der alle deutschen Reden charakterisiere. Der Redner erklärte schließlich, er wüßte keinen Dämpfer auf das allgemeine Friedensverlangen zu setzen, müsse aber sagen, daß die Entente nichts mit dem Kaiser zu tun haben wolle. (Beifall.) Der Weg zum Frieden könne viel glatter sein, wenn Deutschland zuvor Frankreich und Belgien geräumt habe und eine wirklich verantwortliche Regierung schaffen würde.

Der englische Minister Brace über den Frieden mit Deutschland. Reuters meldet aus London: Der Unterstaatssekretär für Arbeiten und Innere Angelegenheiten sprach Sonntag nachmittags in London und sagte, Deutschland spreche vom Frieden, es spreche aber nicht von einem deutschen Frieden, wie man ihn in der gegenwärtigen Stunde erwarten könne. Er müsse erst die Überzeugung haben, daß Deutschland einen reinen Frieden, einen wirklichen Frieden wüßte, ehe er bereit sein würde, auf irgend eine Art von Verhandlungen mit Deutschland einzugehen. Er könne das, was Deutschland tat, nicht vergessen. Ebe die Alliierten Deutschland gegenüber edelmütig sein könnten, müßten sie gegen sich selbst und ihr eigenes Volk gerecht sein. Brace fragt, wie ist der Ruf Deutschlands? Wie hat es den Kampf auch in den letzten Tagen noch geführt? Es hat das Band, von dem es zurückgeschlagen wurde, bis zum letzten Stein zerstoßt. Das sieht nicht so aus, als ob Deutschland bereute. Wäre es gerecht, wenn Deutschland, nachdem es durch seine U-Boote und Minen unsere wehlosen Schiffe versenkte, am Ende des Krieges die größte Handelsmacht wäre? Wäre es gerecht, wenn sein industrielles Leben unbeeinträchtigt bliebe, nachdem es das Industrieleben Frankreichs und Belgiens zerstört? Nein, die Engländer müssen den unschuldigen Völkern gegenüber, die durch das Vorgehen Deutschlands gelitten haben, gerecht sein. Wäre es gerecht, daß Deutschlands Ueberbau unangestastet bliebe, nachdem es so grausam den Ueberbau in Frankreich und Belgien verwüstet hat? Nein. Deutschland müsse lernen, daß der Krieg nicht nur ein teuflisches Ding ist, sondern daß er sich auch nicht bezahlt macht. Ihr dürft euch nicht durch Deutschlands Friedensvorschläge täuschen lassen. Deutschland wüßte die Alliierten von einander zu trennen. Es müßte wirklich bereuen, ebe sie sich auf eine Konferenz mit ihm einlassen könnten. Die Alliierten, sagte Brace, seien im Begriff, den Krieg zu gewinnen, und wenn sie ausbleiben, so glaube er, daß dieser Krieg für alle Zeiten der letzte seiner Art sein werde.

Wilson's 14 Punkte.

Die Botschaft Wilsons vom 8. Januar, die von der deutschen Regierung als Grundlage von Friedensverhandlungen angenommen wurde, enthält folgende 14 Punkte: Der erste Punkt ist, daß alle Friedensverträge öffentlich und öffentlich inkursiv und internationalen Verbindungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden dürfen, sondern die Diplomatie immer offen und vor aller Welt getrieben werden soll.

Der zweite Punkt ist vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl wie im Krieg, mit Ausnahme jener Meere, die ganz oder teilweise durch eine internationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden.

Der dritte Punkt ist die Beseitigung, soweit sie möglich ist, aller wirtschaftlichen Schranken und die Errichtung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

Die vierte Bedingung ist, daß entsprechende Garantien gegeben und angenommen werden, daß die Minderheiten der Völker auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden.

Punkt 5. Eine freie, weitherige und unbedingt unparteiliche Schlichtung aller kolonialen Ansprüche, die auf einer strikten Beobachtung des Grundsatzes ruht, daß bei der Entscheidung aller solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebenbürtiges Gewicht haben müssen wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtstitel bestimmt werden sollen, sollte herbeigeführt werden.

Punkt 6. Wir müßten ferner die Räumung des ganzen russischen Gebietes sowie ein Einverständnis in allen Fragen, die es betreffen, verlangen, wozu freier Mitwirkung der anderen Nationen der Welt, um Rußland eine unbeeinträchtigte und unbedingte Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner politischen Entwicklung und nationalen Politik erringen zu helfen, um es in der Gesellschaft freier Nationen unter selbstbestimmten Staatsbedingungen willkommen heißen zu können; darüber hinaus würden wir Rußland Unterstützung jeder Art, die es nötig hätte und wünschen würde, gewähren.

Punkt 7. Belgien muß, worin die ganze Welt übereinstimmt, geräumt und wiederanzusiedelt werden, ohne jeden Verlust, seine Souveränität, deren es sich in gleicher Weise wie alle anderen freien Nationen erfreuen soll, zu behaupten.

Punkt 8. Das ganze französische Territorium müßte befreit und die besetzten Teile wiederhergestellt werden, sowie das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsass-Lothringens zugefügt wurde und das den Weltfrieden während nahezu 50 Jahren in Frage gestellt hat, sollte wieder gut gemacht werden, damit der Frieden im Interesse aller wieder hergestellt werden kann.

Punkt 9. Es müßte eine Verständigung der italienischen Grenzen nach dem klar erkennbaren Bestehen durchgeführt werden.

Punkt 10. Den Völkern von Oesterreich-Ungarn, deren Platz unter den anderen Nationen wir wiederhergestellt zu sehen wünschen, müßte die erste Gelegenheit einer autonomen Entwicklung gegeben werden.

Punkt 11. Rumänien, Serbien und Montenegro müssen geräumt und die besetzten Gebiete zurückerrichtet werden. Serbien müßte einen freien und sicheren Zugang zur See erhalten und die Beziehungen der Balkanstaaten zueinander müßten durch freundschaftlichen Verkehr gemäß den historisch bestehenden Grundlinien von Zusammengehörigkeit und Nationalität bestimmt sein; auch müßten internationale Garantien der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit sowie der Unverletzlichkeit des Landesbesitzes der Balkanstaaten gegeben werden.

Punkt 12. Den türkischen Teilen des gegenwärtigen Osmanischen Kaiserreichs müßte unbedingte Selbständigkeit sichergestellt werden. Aber die anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, wollen eine unangefasste Sicherheit für ihre Lebensbedingungen und eine vollkommen unbeeinträchtigte Gelegenheit zu autonomer Entwicklung erhalten. Die Araber sollten dauernd als freie Durchfahrt unter internationalen Garantien den Handelsbeziehungen aller Nationen geöffnet werden.

Punkt 13. Ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder, die von einer ungewissen polnischen Bevölkerung bewohnt sind, und der einen gesicherten freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein müßte, sollte errichtet werden.

Punkt 14. Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen mit bestimmten Vertragsbedingungen gebildet

werden, zum Zwecke gegenseitiger Garantieleistung für die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen sowie der kleinen Nationen.

Die neuen fünf Punkte der künftigen Weltordnung, auf die die Rede des Kanzlers ebenfalls Bezug nahm, haben wir in der Nummer vom 5. Oktober bereits veröffentlicht. Sie bezogen sich im wesentlichen auf das Streben nach unparteilicher Gerechtigkeit im neuen Völkerbunde, umfassen dabei aber auch die bemerkenswerte Ausnahmebestimmung: „Man wird keine Klausel hinsichtlich des Wirtschaftsverbots oder Ausschusses ins Auge fassen können, ausgenommen unter der Form einer Wirtschaftskräftebestimmung oder des Ausschlusses von den Weltmärkten, welche die Liga der Nationen als Disziplinarstrafe zu dekretieren berechtigt sein wird.“

Der künftige Völkerbund.

Der 14. und letzte Punkt in der Kongressbotschaft Wilson vom 8. Januar dieses Jahres, die man mehr in der deutschen Friedensnote als als einzeln Grundzüge für Verhandlungen anerkannt ist, lautet: „Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen mit bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden zum Zwecke gegenseitiger Garantieleistung für die politische Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der großen wie der kleinen Nationen.“ Diese Formulierung ist nur eine von vielen anderen, mit denen der Präsident der Vereinigten Staaten immer wieder die Notwendigkeit betont hat, daß als Hauptergebnis des Weltkrieges ein Völkerbund entstehen müsse, der alle künftigen Kriege unmöglich mache. Der Gedanke knüpft an Bestrebungen an, die in der internationalen Friedensbewegung schon von jeher nach Weltunion gerungen haben. Die ungeheuren Opfer dieses furchtbaren Krieges haben dann den früher für ganz utopisch gehaltenen Plan immer fester in den Vordergrund gedrückt und seitdem im Wilson sich ausgedehnt hat, wird er auf Ernsthaftigkeit in allen kriegführenden Ländern erörtert und für durchführbar gehalten. Je mehr das aber geschieht, umso schärfer ergibt sich die Forderung, allgemeine Richtlinien für die Zusammensetzung und für die Aufgaben dieses Völkerbundes herauszuarbeiten. Mit allgemeinen Nebenarten ist natürlich nicht weiter zu kommen.

Das haben auch die Mehrheitsparteien des deutschen Reichstages erkannt, als sie die Forderung aufstellten, die neue Reichsregierung solle sich zum Beitritt zu einem Völkerbunde bereit erklären. Sie verlangen, daß der Völkerbund alle Staaten umfassen und auf dem Gebiete der Gleichberechtigung aller Völker beruhen müsse. Diese vornehmste Voraussetzung würde also die feindlichen Mächte durchkreuzen, die noch während des Krieges auf einen Bund der alliierten Nationen zur dauernden Festlegung und Niederhaltung Deutschlands ausdauern. Mit aller Bestimmtheit fordern demgegenüber die Mehrheitsparteien als Zweck des Völkerbundes „die Sicherung eines dauernden Friedens, eines unabhängigen Weltrechts und freier wirtschaftlicher Entwicklung der Völker“. Darüber hinaus soll der Bund mit seinen gesamten Machtmitteln die ihm beitretenden Staaten unter Anerkennung ihres Bestandes schützen und alle seinem Zwecke widersprechenden Sonderverträge ausschließen.

Die Grundlagen des Völkerbundes sollen nach dem deutschen Mehrheitsprogramm folgende sein: Umfassende Ausgestaltung des Völkerrechts, gegenseitige Verpflichtung der Staaten, jeden Streitfall, der nicht durch diplomatische Mittel lösbar ist, friedlicher Behandlung zu übergeben, Durchführung des Grundgesetzes der Freiheit der Meere, Verständigung über alleitige und gleichzeitige Wahrung der für den wirtschaftlichen und privaten Wohlstand der Völker sowie internationaler Austausch der Sozialgesetzgebung und des Arbeiterrechtes. Es lautet ohne weiteres ein, daß die starke und gleichmäßige Durchführung dieser Grundzüge, wenn sie durch den Völkerbund garantiert werden, neben mancherlei Beschränkungen auch ganz außerordentliche Vorteile für alle Nationen bringen werden. Die große Frage bleibt nur, ob wirklich alle Großmächte diese Grundlagen für alle Zukunft annehmen und innehalten werden.

Hier steht nun als stärkste Bürgschaft die Tatsache ein, daß Präsident Wilson die gleichen Bedingungen wie die deutschen Mehrheitsparteien für den Völkerbund schaffen will. Aus der zu erwartenden Antwort auf die deutsche Friedensnote wird man bald ersehen, ob es auch mit diesem Gedanken Wilson ernst ist.

Vord Robert Cecil sprach sich dem Londoner Korrespondenten der „Neuen Zürcher Zeitung“ gegenüber am 10. in London sehr ausführlich über den Gedanken des Völkerbundes aus, der nach Cecils Ansicht Fortschritte mache. Der deutlichste Beweis für den Fortschritt des Gedankens des Völkerbundes liege wohl in der Tatsache, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes jede Möglichkeit, dem Kriege ein Ende zu machen, und künftigen Kriegen vorzubeugen, begrüße. Denker leicht sei es, die Frage zu stellen, inwiefern Maße die deutschen Staatsmänner und Politiker mit dem Gedanken der Begründung des Völkerbundes wirklich sympathisieren. Wahrheitsgemäß würde eine einzige Erklärung aus dem Munde eines leitenden deutschen Staatsmannes genügen, die Welt dem erstrebten Ziele näher zu bringen. Dieser müßte eine bindende Verpflichtung abgeben, daß Belgien geräumt und in seiner unabhängigen Unabhängigkeit wieder hergestellt, sowie auch die übrigen Fragen ohne Annetion und ohne Entschädigung mit schuldiger Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker bei Friedensschluß geregelt werden, endlich daß gegen eine Wiederkehr des Krieges durch Abrüstung, Schiedsgerichte und Begründung eines Völkerbundes Schutzmaßnahmen werden müssen. Trotz des bemerkenswerten Umstandes in den Anschauungen, der sich in Deutschland vollzogen hat, hat indessen noch kein deutscher Staatsmann sich zu dem neuen Weltideal bekannt. Aus diesem Grunde ist es schwer für uns, und ebenso für die Neutralen, über die Aufrichtigkeit der Vorschläge sich Klarheit zu verschaffen, um eine Entscheidung über die leitenden Grundzüge zu begreifen. Es wird schwer sein, an die Aufrichtigkeit der deutschen Erklärung über den Völkerbund oder irgend eine andere Maßnahme zu glauben, die geeignet erscheint, einen dauernden Frieden zu sichern. Es wäre erfindlich, wenn das deutsche Volk oder ein Teil desselben einsehen beginnt, daß der Militarismus ein veraltetes Glaubensbekenntnis war.

Kriegsnachrichten.

Die Neuordnung in Deutschland. Wie die „Germania“ erzählt, ist Abg. Feilborn zum Staatssekretär des Inneren ernannt. Als Vertreter der Nationalen wird der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums Dr. Friedberg in den eigenen dem Kanzler beigeordneten Kabinettsrat treten. Dieser setzt sich demnach aus den Staatssekretären v. Weyer, Gröber, Gräberger, Scheidemann und Dr. Friedberg zusammen. — Aus Dresden wird dem konservativen „Sächsischen Tagebl.“ gemeldet: Wie aus schwerer Lücke verlautet, werden die Vertreter der sächsischen Regierung im Bundesrat zur Frage der Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung eine unbedingt ablehnende Haltung einnehmen. — Der „Dresdener Anzeiger“ berichtet: Der Landesverband der sozialdemokratischen Partei Sachsens

Deutscher Generalstabsbericht.

(Kontin.) Großes Hauptquartier, 8. Oktober 1918.

Österreichische Kriegskriegsberichte.
Grosstruppe Kronprinz Rupprecht.
Nördlich der Grenze tritt der Engländer nach beständigem Feuerkampf beiderseits von Dupp an. In Neuvoirell sah er sich. Im übrigen drachten ihn unsere Vorposten zum Stehen.

Grosstruppe Werra.
Nördlich von St. Quentin setzten Engländer und Franzosen ihre starken Angriffe fort. Nördlich von Montredon schlugen Hannoverische und braunschweigische Regimenter fünfmaligen Ansturm des Feindes ab. Weiter südlich brach der Angriff des Feindes in unserem Feuer zusammen. Bei und südlich von Sequehart haben unsere und deutsche Regimenter nach hartem Kampfe ihre Stellungen behauptet. Bei den Kämpfen an der Elze-Ödhe brachen schließlich Bataillone und Blöcker im Nahkampf und durch Gegenstoß den feindlichen Ansturm zum Scheitern.

Grosstruppe Westlicher Front.
Vorfeldkämpfe an der Ailette und Aisne. Das nördliche Sulpes-Üfer wurde in örtlichen Unternehmungen vom Feinde gekürrt. Am Nachmittag rück der Feind in Teilangriffen zwischen Basancourt und Sallés mit starken Kräften beiderseits von St. Ement an der Arnes vor. Seine Angriffe scheiterten. Vertikale Kämpfe um St. Ement, das von uns genommen wurde, im Gegenangriff des Feindes aber wieder verloren ging. Im übrigen beschränkte sich die Tätigkeit des Feindes in der Champagne auf Teilvorstöße und zeitweilige auflebende Artilleriekämpfe. Beiderseits der Aisne schlugen die in den letzten Kämpfen besonders bewährte 8. Landwehr- und 78. Reserve-Division heftige Angriffe des Feindes ab.

Grosstruppe Gallien.
Nach starker Feuerberechtigung setzte der Amerikaner erneut zum Durchbruch beiderseits der Aisne an. Auf dem westlichen Ufer brachte württembergische Landwehr die südlich von Chatelet nordwestlichen Angriffe vom Scheitern. Von der Höhe nördlich von Chatelet, auf der der Feind vorübergehend Fuß faßte, wurde er im Gegenangriff wieder geworfen. Östlich der Aisne brachen die feindlichen Angriffe meist schon in unserem Artilleriefeuer zusammen. Gegen Abend nahm der Feind beiderseits der von Charpentier auf Canal führenden Straßen, sowie westlich der Maas seine Angriffe wieder auf. Nach hartem Kampfe schlugen wir ihn, teilweise durch Gegenstöße, zurück.

Der erste Generalstabsbericht: Ende des II.

Die Front

opfert Blut und Gesundheit.
Der Kriegsanleihe zeichnet,
opfert nichts.

Er erfüllt nur eine Pflicht, die ihm noch
dazu gut verzinst wird. Es darf nicht
sein, daß sich ein Deutscher dieser
leichtesten aller Kriegspflichten entziehe.

hat am Sonntag in Gemeinschaft mit den Reichswehrführern, dem Vorstande der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und Vertretern des Gewerkschaftsbundes eine Landbesichtigung abgehalten, in der folgender Beschluß gefaßt wurde: Die sozialdemokratische Partei Sachsens hat die Pflicht, ihr Möglichstes zu tun, um den Programmpunkt der neuen Reichsregierung, wonach auch für die Landtage der Bundesstaaten das allgemeine, gleiche Wahlrecht eingeführt werden soll, zu verwirklichen. Die Landbesichtigung ist ferner der Überzeugung, daß für Sachsen eine neue Regierung herbeigeführt werden muß, die das Vertrauen des sächsischen Volkes besitzt. Der Landesvorstand wird beauftragt, alle dazu notwendigen Schritte im Verein mit dem Vorstand der Landtagsfraktion unverzüglich zu tun. Die Regierung ist zu veranlassen, den Landtag sofort einzuberufen, sowohl um die Wahlrechtsfrage zur schleunigen Entscheidung zu bringen, als auch, um die Maßnahmen, die der bald zu erwartende Übergang zu den Friedensverhältnissen erfordert, zu beschließen.

Der neue Staatssekretär des Reichsmarineamtes.
Der Viceadmiral Ritter von Mann, Ober von Necher, ist als Nachfolger zum Staatssekretär des Reichsmarineamtes und Kapitän zur See Lohlein zum Chef des U-Bootsamtes ernannt worden.

Fliegerleutnant Rumeys gefallen. Der Fliegerleutnant Fritz Rumeys, der 44 feindliche Flugzeuge niedergebungen hat, ist mit seinem Apparat tödlich verunglückt. Aus Königsberg i. Pr. gebürtig, war er im bürgerlichen Beruf Dachdecker. Wegen seiner hervorragenden Leistungen als Kampfflieger wurde er zum Offizier befördert und mit dem Pour le mérite ausgezeichnet.

Die Verhältnisse in Bulgarien. Die bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: In den Darlegungen, die der Ministerpräsident Wainow in der heutigen Sitzung der Sobranje gab, führte er aus: Wir alle kennen die ganze Tragweite des Mißgeschicks, das unser Vaterland (soeben betroffen hat und befallen tief dieses Unglück. Wir wissen auch, daß dieses Unglück zum großen Teil der Tatsache zuzuschreiben ist, daß wir nicht rechtzeitig um unsere Verbündeten Hilfe erbitten. Aber gelassen ist gelassen. Es gilt jetzt, sich die Gegenwart zu halten und an die Zukunft zu denken, um so weit wie möglich die Folgen der nationalen Katastrophe wieder gutzumachen. Meine Kollegen und ich hätten alles Interesse daran, uns offen auszusprechen. Aber wir wollen in diesem Falle nicht die Interessen des Landes über unsere persönlichen Interessen stellen. Deshalb schlage ich vor, meinen Bericht in einer geheimen Sitzung der Nationalversammlung zu unterbreiten. Der Vorschlag des Ministerpräsidenten wurde nach einer kurzen durch die Opposition der margitischen Sozialisten hervorgerufenen Aussprache angenommen und die Sitzung als beendet erklärt. Der Beschluß wurde bereits veröffentlicht. — (Anmerkung des W.A.B.: Die wir von zukünftiger Stelle erfahren, haben während des ganzen Krieges deutsche Streitkräfte, deren Stärke das Maß unserer Verpflichtungen weit übersteigt, den Bulgaren zur Seite gestanden. Im übrigen ist der Zusammenbruch der bulgarischen Armee keineswegs ihrer militärischen Schwäche oder Minderzahl zuzuschreiben, sondern einem Verlassen des Gelstes der Truppe.)

Der Eszar von Bulgarien wird dauernden Aufenthalt in Koburg nehmen, wo bereits die Vorbereitungen für seine Aufnahme getroffen sind. Der Eszar erklärte gegenüber dem bulgarischen Generalstabschef Stojanowitsch: Er werde nun als einfacher Bürger der Wissenschaft, besonders der Botanik, leben. Die Anknüpfung, als habe er ein Doppelpiel getrieben, sei falsch. Er war den Bundesgenossen gegenüber immer loyal gewesen und habe es auch bleiben wollen. Die unerwarteten Ereignisse hätten alles umgekehrt. Die Lage hat es mit sich gebracht, daß er abdante. Im Interesse der Ruhe seines Volkes habe er Bulgarien verlassen müssen. Das Volk habe den Krieg nicht weiter führen wollen und er sei in Widerspruch mit dem Volke geraten. In Sofia habe es große Unzufriedenheiten gegeben. Sofort nach der Abdankung habe er Bulgarien verlassen. Auch sein Sohn Boris habe ein Manifest an die Nation gerichtet und sich vorchristlichmäßig fürchtlich betonen lassen.

Die Türkei von Bulgarien auf der Ost, aus Konstantinopel wird gemeldet: Der bulgarische Standbelehre greifen sehr frühzeitig von ihrem Lande nach der Westseite in Vera zurück und gab ein sehr reichhaltiges Gefolge an. „Lenin“ erklärt ziemlich klar, die Regierung habe für alle auch die unbelieblichen und wackleren Möglichkeiten die nötigen Maßnahmen Bulgariens gegenüber getroffen.

Schwedische Verhandlungen mit Teile. Zwischen Deutschland und der sibirischen Regierung schwedischen Verhandlungen über die Vercharterung von 8 Schiffen. Sie sind so gut wie abgeschlossen, und daraufhin sind die Schiffe von den sibirischen Hafenpolizeibehörden bereits übernommen worden. Die militärischen Stellen des Landes haben dabei in keiner Weise mitgewirkt. Die anderen deutschen Schiffe, die in sibirischen Häfen unterkommen waren, sind anschließend auf ihren Befehlungen unbrauchbar gemacht und daraufhin auf andere Plätze abgeschleppt worden, wo sie der Schifffahrt nicht mehr im Wege sind. Gegen dieses Verfahren war von unserer Seite kein Einwand zu erheben.

Tagesgeschichte.

Deutsches Feld.
Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung zur Änderung der Verordnung über zuckerhaltige Futtermittel.

Vertikales und Sächsisches.

Miela, den 8. Oktober 1918.
— **Russelidung.** Dem Armierungssoldat Oswald May aus Miela (früher Amtsgeld Miela, zuletzt Handelskammer Miela) wurde unterm 20. 9. das Eisenkreuz 2. Klasse verliehen.

— **Opernaufführung.** Man schreibt uns: Das Orchester der Petrus-Oper verpflichtet uns einen interessanten Abend, gelandt doch eine der lustigsten komischen Opern auf Aufführung, welche den Spielplan aller Bühnen in der Provinz beherbergt: „Der Postillon von Lonjumau“ von Adam. Direktor Wetrens bietet uns die Oper in einer Fassung, die gut erwartet läßt; der auch bei uns vortrefflich bekannte Johannes Scherlich, zur Zeit noch Mitglied der Dresdener Hofoper, wird den Postillon singen. Scherlich wurde nach einem glänzenden Verlaufenen Gastspiel von nächster Seite ab für das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg verpflichtet. Silbe Wagner, bei uns längst keine Fremde mehr, singt die Madalene, sie sang feinerzeit als Lady in „Martha“ außerordentlich bestial.

— **Weihnachtspakete für Kriegsangehörige.** Die ursprünglich nur für Gefangenen in England bestimmten Weihnachtspakete sind nunmehr auch auf die Gefangenen in den amerikanischen Händen ausgedehnt worden. Der Preis beträgt 20 Mk. Befragungen müssen bis spätestens 10. 11. ausgehen sein. Alles Nähere zu erfragen in der Ortsstelle vom Roten Kreuz in Miela, Radenstraße, Goethestraße.

— **Die Aufhebung des Hausverbotes.** In einer Bekanntmachung über Fleischlieferung und Hausverbotungen werden die bisher gültigen Bestimmungen über diesen Gegenstand zusammengefaßt und das seit Januar bestehende Hausverbot, von dem im allgemeinen nur bei Entschuldigungen Ausnahmen gemacht werden konnten, aufgehoben. Da Schweine fast nur noch zum Zwecke der Selbstversorgung gehalten werden und daher für die allgemeine Versorgung mit Schweinefleisch, insbesondere zur Herstellung einer nur einigermassen schmackhaften Wurst nur ganz wenige Tiere zur Verfügung haben, wird vorgeschrieben, daß der Hausverbot entweder ein anderes ganes Schwein oder ein Schweinequartal dem Kommunalverband gegen entsprechende Bezahlung zur Verfügung stellen muß.

— **Der Wunsch nach wafferdichtem Schuhwerk** drängt sich besonders lebhaft in dieser Zeit auf; denn der Sommer verläßt uns und der Herbst mit seiner Feuchtigkeit rückt heran. Mäher Vorlichte hat daran gedacht, sich ein paar dicke Stiefel oder ein ferniges Stück Leder zurückzulegen; oder nur die wenigsten haben „Belegungen“ und selbst die Vorausberechnungen der eifrigsten Hamster wirkt die Dauer des Krieges über den Haufen. Jeder gehört in erster Linie den kämpfenden Truppen; für die Zivilbevölkerung ist jetzt schon eine empfindliche Lederknappheit eingetreten. Dies wird sich ständig verschärfen und wird nach Friedensschluß noch Jahre hindurch anhalten. Deshalb hat die Reichsregierung schon seit vielen Monaten eine dem Reichswirtschaftsamt unmittelbar unterstellte Kriegsorganisation eingerichtet, die nichts anderes zu tun hat, als Ersatzstoffe für Soldaten auszubereiten, diese in den Verkehr gebracht werden. Das Wort „Ersatz“ hört niemand gern, in diesem Falle darf man aber doch Vertrauen dazu haben. Die emliche Arbeit der deutschen Technik hat einen Ausweg auch aus der Sohlennot gefunden. Es sind jetzt bereits Ersatzstoffe im Verkehr, die zwar nicht alle bequemen Eigenschaften des Leders besitzen, aber in dem wichtigsten, Wärme und Wasserdrichtigkeit, den Lederstoffen nicht nachgeben. Sperrholzsohlen (leichte Holz und Federstoffe) und Holzsohlen haben sich bereits in Stadt und Land gut bewährt; das heißt, wenn sie sachgemäß verarbeitet worden sind. Dieser Punkt ist so wichtig, daß die erwähnte Kriegsbehörde in Berlin sogar eine eigene Lehrwerkstätte für die Verarbeitungswerte der Ersatzstoffe errichten mußte, in der Schuhmacher aus allen Gegenden Deutschlands sich mit der Holzsohlenverarbeitung vertraut gemacht haben. Sie haben in der Heimat die neuverordneten Reantnisse auch an ihre Feindgenossen weitergegeben. Nur Vertrauen gefaßt zu den Kriegssohlen! Wer sie trägt, ist vor kalten und kalten Füßen sicher.

— **Die Fünftundzwanzigpennigige aus Fickel** gelten seit 1. Oktober nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Seit diesem Tage ist niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen. Nur der den Reichs- und Bundesstaaten werden noch bis zum 1. Januar 1919 fünfundzwanzigpennigige aus Fickel zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichsbanknoten, Reichsbanknoten oder Darlehnslasenscheine und bei Beträgen unter 1 Mark gegen Bargeld umgetauscht.

— **Freiberechnung bei Anfertigung oder Ausbesserung von Schuhwaren.** Die Landes-Preisprüfstelle schreibt: In weiten Kreisen der Bevölkerung ist nicht bekannt, daß für die Strafverfolgung von Schuhmachern, die für die Anfertigung oder Ausbesserung von Schuhwaren zu hohe Preise verlangen, besondere Vorschriften bestehen, und daß für die Prüfung der berechneten Preise weder die Landes-Preisprüfstelle noch das Kriegsstoudeamt zuständig sind. Nach den Bestimmungen vom 2. September 1918 (R.V. S. 1077 und 1080) und vom 26. Januar 1917 (R.V. S. 75) ist die Entscheidung über Streitigkeiten über die Angemessenheit der von Schuhwarengeschäften oder Schuhmachern geforderten Preise, über die Abgrenzung des einseitigen (Arztums), auszufallen ist, an Schiedsgerichte, abertragen, die bei den Landesparlamenten bestehen. Die Beschieden müssen innerhalb von zwei Wochen angebracht werden, da sonst deren Zurückweisung aus formalen Gründen erfolgen muß. Die durch das Schiedsverfahren entstehenden Kosten hat der unterliegende Teil zu tragen. Der Anrufung des Schiedsgerichts (und auch die Strafbehörden nicht in der Lage, gegen bestehende oder vermeintliche Wucher einzuschreiten.

— **Öffentliche Sitzung des Gemeinderates** findet am Mittwoch, den 9. Oktober 1918 nachm. 7,30 Uhr

in Stenogramm in der Zentralhalle statt. Beratungsgegenstände: 1. Mitteilungen. 2. Mitteilungen über Verhandlung mit Freiden und Jagdverpachtung für Rittergut Wierzbort. 3. Erlaube des Kammergerichtsvertrags in Greda um Bewilligung eines Ehrenpreises für die Auszeichnung in Greda. 4. Beschlußfassung über weitere Dinauscheidung der Gemeinderatsmitglieder. 5. Wahl von 3 Mitgliebrern und Stellvertretern für die Staatssteuer-Einschätzungs-Kommission. 6. Erhöhung der Entschädigung für die Bewachung des Ortsteiles Neugreda an die Bach- und Schlich-Gesellschaft Kiefa. 7. Kaufsache der Htt.-Gel. Gaudhammer, Reparaturwerkstatt-Neubau betr. 8. Verkauf der Htt.-Gel. Gaudhammer um Einziehung eines Teiles des Schweges. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Salbstöckel. Der Ausbilderangelegen Richard Reich ist dieser Tage tödlich verunglückt. Der Bauernsohn wollte einen Wagen loshängen, ließ zu diesem Zweck die Lokomotive etwas anrollen, blieb in dem nach neuerer Konstruktion hergestellten Gerüst einer Weiche hängen und konnte sich nicht wieder befreien und wurde daher so schwer an beiden Beinen und Armen verletzt, daß der Tod nach einigen Stunden den so pflichttreuen Mann erlöste.

Im 1. a. u. Die Strafkammer verurteilte den 57 Jahre alten Oberpostkammer Richard Neuhaus aus Gaudau, der am Abend des 11. Juli in Gaudau beim Gutsbesitzer Rirke ein Schwein stehlen wollte, dabei aber ertrankt wurde und bei der Verfolgung den Rirke mit einem Messer am Kopf schwer verletzte, wegen schweren Diebstahls und gefährlicher Körperverletzung zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis; auch wurde ihm die Fähigkeit zur Befreiung öffentlicher Ämter auf 3 Jahre aberkannt.

Carlsefeld i. Erage. Der erste Schnee ist Mittwoch im oberen Eragebirge gefallen. Carlsefeld und andere hochgelegene Ortsteile zeigten am Freitag bereits ein winterliches Bild.

Oberperdornitz. Von Großfeuer heimgesucht wurde die hiesige Rittergutszigelei. Das Feuer ist durch Selbstentzündung entstanden und hat das alte Fabrikationsgebäude mit Maschinen, drei Schuppen und die Kontorräume eingeschlossen. Verloren wurden große Vorräte an halbfertigen Ziegeln und Drainröhren.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 8. Oktober 1918.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

Berlin. In Londoner Kreisen, die man gewöhnlich als maßgebend und wohlinformiert ansehen pflegt, ist man laut einem Telegramm der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ im allgemeinen der Ansicht, daß Deutschland einen Schritt in der guten Richtung gemacht hat, aber noch nicht weit genug gegangen ist. Reduktionell wird in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ geschrieben: Die bisher in der Presse des feindlichen Auslandes verlautbarten Neuigkeiten sind unverkennbar wenig günstig. Rammlich in England und Frankreich, wo fanatischer Haß und blinde Vernichtungswut gegen jede Verständigung und gerechte Beurteilung und Stellungnahme zu allen und berührenden und unsere Zukunft bestimmenden Fragen heinabe ausschließen, steht man unserem Angebot mit Argwohn und reichlich ablehnend gegenüber. De. aus etwa bindende Schlüsse auf die bevorstehende offizielle Antwort zu ziehen, wäre verfehlt. Vorläufig sind es nur Meinungen einzelner. Wie sich die maßgebenden Stellen entscheiden werden, bleibt noch abzuwarten. Weiterhin sagt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: Während in den deutsch-schweizerischen Kreisen die Hoffnung auf die Möglichkeit eines Kriegsendes vorherrschend ist, die Kanzlerrede einen vorzüglichen Eindruck hinterließ, macht sich in der Schweiz der Einfluß des französischen Elements dahin geltend, daß man Deutschland die schimpflichsten Friedensbedingungen diktiert, oder das Angebot überhaupt ablehnt. — Der „Vorwärts“ schreibt: Für die sozialistischen Parteien der im Ententebund gegen uns Kriegführenden Länder ist jetzt die große Gelegenheit gekommen, die Größe und Macht ihres Friedenswillens zu erweisen und in eine welthistorische Entscheidung anzuleben. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands findet einen Unterschied in der Sprache der Telegramm-Bureaus Englands und Frankreichs heraus. Das läßt auf einen starken Temperaturnunterschied diesseits und jenseits des Kanals schließen. Es sei buchstäblich verständlich, daß Frankreich unter dem Kriege mehr gelitten hat als England und sich jetzt die Kraft zutraut, im Verein mit seinen Verbündeten den Feind aus dem Lande herauszutreiben. Dazu kommt die historische Gemütsart Clemenceaus. — In der „Vossischen Zeitung“ heißt es: Es ist unübersehbar, inwieweit der Präsident Wilson, dessen starke Seite einen hohen Grad von Unberücksamkeit bildet, seine persönliche Note geltend machen wird.

Derstellung eines deutschen Entwurfs für einen Völkerverbund.

Berlin. (Mitteil.) Wie wir hören, sind die mit der Gründung eines Völkerverbundes zusammenhängenden Fragen seit längerer Zeit im Auswärtigen Amt unter

Einziehung von Parlamentariern und Völkerverbandslehrern einander erörtert worden. Diese Erörterungen haben bereits zur Aufstellung formulierter Vorschläge geführt, die im wesentlichen die in dem bekannten Programm der Wehrheitspartei als Grundlage des Völkerverbundes aufgeführten Punkte betreffen. Zweck der Beratung dieser Vorschläge und Derstellung eines endgültigen deutschen Entwurfs wird vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine Kommission berufen, der neben den Vertretern der beteiligten Ressorts Parlamentarier und Völkerverbandslehrer und außerdem Vertreter sonst beteiligter Kreise angehören werden.

Bericht.

Berlin. (Mitteil.) Deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote vernichteten im Mittelmeer neuerdings 30 000 Bruttoregister-tonnen Schiffsraum. Die Dampfer wurden auf dem Wege von Gibraltar nach Südfrankreich und nach den Älischen Inseln auf dem Wege nach Karfaelischen Inseln vernichtet. Des weiteren existiert ein österreichisch-ungarisches U-Boot auf einem großen Transportdampfer in See, ein deutsches U-Boot auf einem im Hafen von Carlsefeld (Sardinien) liegenden Dampfer von etwa 6000 Br.-R.-T. Torpedoträger. Das Sinken dieser beiden Dampfer konnte nicht mehr beobachtet werden.

Der Ubel des Kontrastes der Marine.

Ohne Ausnahme und Einschränkung.

Berlin. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die deutsche Zeitung glaubt zwischen dem Programm der Wehrheitspartei und dem Programm des Präsidenten Wilson gewisse Unterschiede zu erkennen. Demgegenüber kann nicht bestimmt genug betont werden, daß die deutsche Regierung und die Wehrheit des Reichstages das gesamte Wilsonsche Programm ohne Ausnahme und Einschränkung als Grundlage für den Frieden angenommen haben.

In Erwartung der Antwort.

Berlin. Das „V.“ schreibt: Gestern waren in Berlin Gerüchte verbreitet, monach bereits eine Antwort Wilsons, und zwar eine ablehnende, eingetroffen sein sollte. In anderen Städten Deutschlands blieb es, Wilson habe den Friedensvorschlag angenommen, und diese Kunde wurde sogar durch Wäueranschläge bekanntgegeben. Alle diese Gerüchte sind unbegründet. Es ist noch keine Antwort eingetroffen, es kann auch noch keine eingetroffen sein, und erst in einigen Tagen wird man erfahren, was Wilson und die alliierten Regierungen beschlossen haben.

Berlin. In seiner gestrigen Abendausgabe schreibt das „V.“: Einen Frieden, wie ihn die Boulevardpresse ausmalte, wird weder der Prinz Max von Baden billigen, noch das deutsche Volk.

Sohnungsvollere Auffassung in Holland.

Haag. Die zuerst außerordentlich pessimistische Stimmung, die in hiesigen politischen Kreisen über das deutsche Friedensangebot herrschte, hat sich in den letzten Stunden auf Grund einer Anzahl von Tatsachen sehr gebessert. Diese Tatsachen entnahmen Berichten aus den Entente-Ländern, die zu schonungsvollerer Auffassung Veranlassung geben.

Eine amerikanische Stimme.

Rotterdam. Der Washingtoner Korrespondent der Associated Press meldet, es sei wenig Aussicht vorhanden, daß die deutschen Vorschläge in ernsthafte Erwägung gezogen würden, solange Deutschland noch Teile Frankreichs und Belgiens besetzt halte.

Mitteilungen in Italien.

Lugano. Endlich äußert sich auch die italienische Presse. Die Agentur Stefani schreibt, das Friedensangebot rufe sofort das tiefste Mittrauen hervor. Die erste Reaktion der öffentlichen Meinung sei dabei, vollkommenste Kaltblütigkeit zu beobachten. Der künstlich herbeigeführte Widerstand gegen Verhandlungen nimmt in Rom immer heftigere Formen an und in den übrigen Hauptstädten der Entente.

Die französischen Sozialisten verlangen Annahme des Friedensvorschlages.

Genf. Der Nationalrat der französischen Sozialistenpartei beschloß einstimmig, an den Präsidenten Wilson eine Botschaft zu richten, in der über den Friedensvorschlag der Mittelmächte gesagt wird, dieser Schritt sei der Beweis eines vollständigen Meinungsumschwunges, der die Nationen zur Freiheit und zum Frieden zurückführe. Die sozialistische Partei erkläre deshalb, daß die Alliierten, unter der Bedingung unentbehrlicher diplomatischer und militärischer Garantien, den Vorschlag nicht ablehnen dürfen. Die Partei erblicke in dem Vorschlag den Sieg der Demokratie, denn Dellerreich nehme die vierzehn Punkte Wilsons als Diskussionsbasis an und Deutschland erkenne durch Autonomiegewährung für Elsch-Lordbrun den internationalen Charakter dieser Frage an. Das Manifest konstatiert, der Kaiser habe seine neue Regierung als Volksvertretung eingestiftet und damit anerkannt, daß die Derstellung eines dauerhaften Friedens die Nationen sich gegenseitig Garantien geben müßten. Die Partei erblicke darin eine echte Antreibung zu einer demokratischen Lösung und verlange eine energische Aktion in dieser Richtung. Sie schloß sich jeder Aktion Wilsons an, die eine Befriedigung für die

Rufen sei, die Anspruch auf eine klare, ungewandte Antwort haben.

Qualitative Bestimmungen zur Reichsanstalt.

London. (Reuter.) „Daily Chronicle“ schreibt: Das deutsche Friedensangebot ist das wichtigste, das bisher gemacht worden ist, und ohne Zweifel werden ihm die alliierten Mächte die größte Aufmerksamkeit widmen. Es müssen aber Bedingungen zur Wiederherstellung und Entschädigung gegeben, und die, die den Krieg begonnen, müssen sehr ungewandte Bedingungen werden, daß Zweifel nicht mehr bestehen können, wer den Krieg gewonnen und wer ihn verloren hat. Die Bedingungen über die Armeen sollten sein, daß Deutschland nicht geschlagen ist. Dann aber ist die Lage für einen Völkerverbund nicht reif. Deutschland hat weder seinen Standpunkt geändert, noch seine Weltanschauung. — „Daily Telegraph“ schreibt: Es muß dem Kaiser klar sein, daß Verhandlungen im eigenen Gebiet ein Gebändnis bedeuten, daß der Feind unterlegen ist. Infolgedessen sind wir zu dem Glauben genötigt, daß das Friedensangebot nicht ernstlich gemeint ist. Prinz Max weiß, daß, wenn er zu Verhandlungen auffordert, während die deutschen Armeen noch auf französischem und belgischem Boden stehen, er eine unumwandelte Forderung aufstellt. Die Annahme des Programms der Reichstagsmehrheit durch den Kaiser schließt eine bedeutende Annäherung an den Standpunkt der Alliierten in den Fragen, die Belgien, die baltischen Provinzen und die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bulgarek betreffen, ein. Aber die Methode schrittweiser Annäherung an den Frieden, der auf Gerechtigkeit beruht, ist nicht die Methode, die die Ueberzeugung erweckt, daß nur Gerechtigkeit von denen brachfähig ist, die diese alliierten Fortschritte machen. Es ist heute ebenso wahr wie je, daß der Kaiser und die, die auf den Kaiser Einfluß ausüben, die wahren Herrscher Deutschlands sind. Ob die Welt nicht von den Hohenrollern frei ist, können wir von Deutschland keine Versprechungen annehmen und suchen den Frieden auf keinem anderen Wege als dem der militärischen Entscheidung. — „Daily News“ schreibt: Wenn die Rede des Prinzen Max den Geist Deutschlands vergegenwärtigt, so bedeutet das, daß das Ziel erreicht ist — und das der pressische Militarismus bezwungen ist. — „Daily Chronicle“ schreibt: Die Antwort der Alliierten an Deutschland müsse dieselbe sein, wie an Bulgarien.

Die Deutschen Dellerreich zur Friedensfrage.

Wien. (Korresp.-Büro.) Die gestrige Volksversammlung des deutschen Volkstages für Österreich, die von Vertretern aller Kronländer besetzt war und woran zahlreiche Reichsratsabgeordnete unter Führung des Präsidenten Groß sowie mehrere Herrenhausmitglieder teilnahmen, beschloß einstimmig einen Aufruf an das deutsche Volk, worin der künftige Friede als das Ende unerbittlicher Opfer und als Verheißung einer besseren Zukunft begründet wird, vorausgesetzt, daß er die Bedingungen für ein nationales Leben der Deutschen unerhöht läßt.

Die ablehnende Dababnote keine authentische Meinungsäußerung der französischen Regierung.

Genf. Die Zeitung „Jeune“ meldet: Politische Kreise betrachten die ablehnende Dababnote nicht als eine authentische Meinungsäußerung der französischen Regierung zu den Friedensvorschlägen der Mittelmächte. Die gleiche Ansicht herrscht in den Kreisen der Schweizer Dababnote, die mit ähnlicher Dababnote der Dababnote das Friedensangebot der Mittelmächte beantwortete.

Genf. Die Pariser Presse verhält sich zu den Friedensvorschlägen weit weniger ablehnend als dies die Dababnote ursprünglich vermuten ließ.

Die Pariser Presse verhält sich zu den Friedensvorschlägen weit weniger ablehnend als dies die Dababnote ursprünglich vermuten ließ. Die Annahme des „Temps“ und des „Matin“, die jedem Frieden prinzipiell abgeneigt sind, geben die Mäler zu, daß eine mögliche Verhandlungsbasis vorhanden ist. Der „Temps“ sieht in der vorherigen Räumung der besetzten Gebiete eine Vorbedingung zu den Verhandlungen. „Journal des Debats“ unterscheidet zwischen dem Gehörnen für einen Waffenstillstand und für einen Frieden: Für den Frieden sei die Räumung der besetzten Gebiete unerlässlich. Ueber den Frieden gelte Wilsons Wort, daß kein Kompromiß über die Prinzipien zulässig sei. „Temps“ hebt hervor, daß aus der deutschen Note klar die Annahme der Wilsonschen Grundätze hervorgehe. — **Lugano.** Der offiziell unterzeichnete Pariser Korrespondent des „Secolo“ schreibt die große Freude, die in Paris über den neuen Friedensschritt der deutschen Regierung herrsche. — **Genf.** Clemenceau erneuerte im „Homme Libre“ das Losungswort: Der Krieg wird fortgesetzt! Fremdenwelchen sozialistischen Einfluß an der Front halten die ministeriellen Blätter für ausgeschlossen. Dababnote betrachte den Schritt der Mittelmächte als bedeutungsvolle Geste.

Vertagung des tschechischen Kongresses.

Prag. Der für heute einberufene Kongress der tschechischen Politiker wurde bis zum Eintreffen der Antwort Wilsons vertagt.

Die bulgarische Bevölkerung mit der Lage zufrieden.

Sofia. Der Vertreter der Transsylvanischen Gesellschaft meldet: In Sofia und im Lande, soweit bis jetzt aus der Brovins Nachrichten vorliegen, herrscht bei allen Schichten und Parteien, was den Frieden anbelangt, Zu-

Die Wölkige.

Roman von Ludwig Rohmann.

15. Fortsetzung.

Wir Gutsdörren sind die reinen Lustkinder. Wir locken unsere Beel, so gut wir's können, aber wir scheitern dabei nicht zum Raabbar hinüber, ob er's etwa anders macht als wir; und macht er's anders, dann zucken wir nicht, bis wir wissen, ob er's nun besser oder schlechter versteht, als wir. Was nun Ihr Herr Verwalter ist — sehen Sie, der macht wirklich alles anders, als wir's gewohnt sind. Er soll ja in Frankreich die Landwirtschaft erlernen haben und zwischen französischer und deutscher Wirtschaft ist nun einmal doch ein großer Unterschied. Nun können Sie sich denken, wie da jeder zu kritisieren zu sagen hat. Geben aber kann man auf das Gebende nicht viel, solange man nicht selbst aufsehen kann, was denn nun an all der Kritik berechtigt ist. Das verstehen Sie doch, nicht wahr?

„Offen gestanden — ich verstehe von alledem nur das eine, daß nach Ihrer und der Raabbars Meinung eben doch nicht alles so auf Roserlich geht, wie es gehen sollte. Dem widerspricht doch aber vor allem einmal, daß mein Vater sehr zufrieden mit Herrn von Hauenstein war.“

„Berichtigung — aber Ihr Vater war selbst kein Landwirt.“ Und da es nie Rat ist und keine Sorgen kannte, so lag ihm wohl auch nicht viel daran, ob denn nun aus dem reichen Gut auch wirklich herausgewirtschaftet wurde, was es hergeben könnte. Er hatte auch, wie man sagt, seinen Narren an dem Herrn Verwalter gefressen.“

„Das aber heißt also doch wohl fest, daß Herr von Hauenstein bei den Raabbars nicht sonderlich beliebt ist.“

„Das ist nicht zu leugnen, aber es liegt auch zum großen Teil daran, daß er nun doch einmal nicht zu uns gehört. Er ist Ausländer, er soll sogar Franzose sein — trotz des deutschen Namens. Na, und die Franzosen sehen wir nun einmal doch viel lieber anderswo, als hier, und am allerwenigsten mag man sie in Stellungungen sehen, in die sie nach landläufigen Begegnen denn doch nicht gehören. Dazu kommt dann weiter die jedenfalls auffällige Tatsache, daß Roserlich, obgleich es weit und breit

das reichste Gut ist, doch bei allen Durchmärschen und ähnlichen Heimigungen ganz offener gekostet wurde.“

„Lotte hatte nur mit Wäbe an sich gehalten. Nun hat sie dem Hausherrn ins Wort: „Ist das Tatsache, aber sind es wieder nur die lieben und jedenfalls netigen Raabbars, die das sagen?“

„Rein, mein teuerstes Fräulein“, sagte Bruchhoff mit einem bösen Seitenblick, „das ist eine unaußgare Tatsache. Wir anderen sind reinweg ausgebeutet worden und Roserlich hat nicht einmal seinen Ueberfluß hergegeben. Der Franzose hat sich eben immer mit seinen Landknechten und den Führern der verführten Truppen verhalten, und da die Armeen deshalb nicht weniger haben mußten, was sie brauchten, so hat man eben uns anderen um so mehr genommen.“

„Aber ich begreife nicht — ist Herr von Hauenstein denn nun wirklich Franzose? Sein Name nicht nur, sondern auch seine ganze Art ist gut deutsch“, sagte Lotte erregt.

„Nah! Der Name und der Bart — die mögen deutsch sein.“ Der selbige Herr von Hauenstein hat aber selbst nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß er sich seinen Verwalter aus Frankreich vertrieben hatte. Und an die französische Gesinnung, die in unserer Zeit ja überdies noch als ein Verdienst gilt, glaubt hier jeder, zumal Herr von Hauenstein auch mit den Offizieren in Glogau verkehrt. Wie gesagt, für einen Franzosen, ist das alles natürlich und verdienstlich; für uns deutsche Besther aber ist's nicht weniger natürlich, daß wir Herrn von Hauenstein mit Mittrauen begegnen. Und bestiebt? Nein, was man so nennen könnte — das ist er nicht und das wird er wohl auch nie werden.“

„Ehille erhob sich schnell. Sie hielt es hier nicht mehr aus und sie schrie auch, zu viel von ihrer Erregung zu verraten, wenn sie länger blieb.“

„Unsere Unterhaltung hat eine Richtung genommen, die wir beide, wie ich annehmen darf, nicht gewollt haben. Jedenfalls danke ich Ihnen für das freundliche Interesse und die liebenswürdige Aufnahme.“ Dann setzte sie ädgernd hinzu: „Es ist natürlich mein Wunsch, mit allen meinen Raabbars in Frieden und, wenn sich das

tun läßt, in Freundschaft zu leben und ich würde glücklich sein, wenn ich überall dem gleichen Bunde begegnete.“

Bruchhoff blieb völlig unbefangenen und er streckte ihm mit einem verbindlichen Nicken die Rechte entgegen.

„Na aber, das ist doch selbstverständlich, ist's nicht meinen! Einer so jungen, liebreizenden Raabbarin — mein, ich will nicht Komplimente machen. Ich will nur sagen, daß es keinem schwer fallen wird, mit Ihnen in Frieden und Freundschaft zu leben. Und was mich angeht — ich hoffe, da braucht's nicht erst der großen Worte und Versicherungen. Verfügen Sie über mich als Ihren ergebenen Diener. Und glauben Sie, daß ich einmal vaten und helfen kann, dann kommen Sie zu mir. Erfahrung hat man doch, wenn man auch sonst nicht viel mehr sein eigen nennen kann und meine Erfahrung könnte Ihnen vielleicht doch manchmal nützen.“

„Ich danke Ihnen“, sagte sie schnell.

Bruchhoff erhob sich unter Necken und Stöhnen. Es sei jammerdabei, daß die Damen schon gehen wollten. Vielleicht noch ein Viertelstündchen — sein Sohn müßte wirklich bald kommen, und der werde sehr unglücklich sein, wenn er erfahre, was für einen lieben Besuch er verdirmt habe.

„Ehille wehrte hastig: „Wir müssen wirklich fort. Der Tag war trüb und der Abend kommt früh. Und bei den schlechten Wegen.“

Bruchhoff lachte breit.

„Gott sei's gefällig, die Wege! Aber was wollst Sie. Dem's am Nützigsten fehlt, dann ist für die Wege zuletzt was übrig. Und schließlich braucht man sie ja gar nicht einmal so notwendig, da man brauchen ja doch nicht mehr viel zu suchen hat.“

„Auf dem Heimweg fuhren die Mädchen anfangs schweigend dahin. Lotte sah geradeweg vor sich hin und sie vermied es trotz, Ehille anzusehen. Ihre Hände lagen zu kleinen Häufchen verkrampft in ihrem Schoße und Ehille, die sich ein wenig unbefangt und unsicher fühlte, mußte wohl merken, daß eine starke Erregung in der Reinen Freundin arbeitete.“

Fortsetzung folgt.

